

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Jubiläumsveranstaltung und Jahrestagung des Hessischen Landkreistages

Bei seiner diesjährigen Jahrestagung am 17. November in Wetzlar feierte der Hessische Landkreistag sein 75. Jubiläum. Hierbei adressierte der Verband auch seine finanzpolitischen Forderungen an die neue Landesregierung und den neuen Landtag.

In seiner Eröffnungsrede erinnerte Präsident Landrat Wolfgang Schuster (Lahn-Dill-Kreis) vor zahlreichen Gästen an die Verbandsgründung in Groß-Umstadt am 21. Oktober 1948 und die damals drängenden Aufgaben der Landkreise. Seinerzeit standen die essentiellen Fragen rund um die Grundversorgung der Bevölkerung im Mittelpunkt. Es oblag nicht zuletzt den Landkreisen, insbesondere die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln, Brennstoffen und Baumaterial zu bewerkstelligen und die Unterbringung der Bevölkerung sowie tausender von Flüchtlingen und Vertriebenen zu organisieren. In der Folgezeit änderten sich die Herausforderungen für die Landkreise, ihre wichtige Bedeutung blieb jedoch bestehen. Mit der Gebietsreform in den 70er Jahren stiegen die Aufgaben und ihre Verwaltungskraft wurde durch die Bündelung auf 21 Landkreise gestärkt.

In diesen 75 Jahren kämpfte der Hessische Landkreistag regelmäßig für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Landkreise. Die aktuellen Herausforderungen, denen sich die Landkreise zu stellen haben, sowie der Ausblick auf die kommenden Jahre sind jedoch so ernst wie selten. Nach einigen Jahren der Entspannung sind die Prognosen für 2024 und die kommenden Jahre besorgniserregend. Obwohl die Landkreise ihre Aufgaben wirtschaftlich und verantwortlich wahrnehmen, reicht nach Einschätzung des Präsidiums des Verbandes auf Grundlage der Rückmeldungen aus den 21 hessischen Landkreisen das aktuelle Wachstum nicht aus, um die zahlreichen Mehraufwendungen zu decken und insbesondere die gesellschaftlichen Herausforderungen etwa in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung zu stemmen. Präsident Landrat Schuster betonte in



**Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,**

bei der diesjährigen Jahrestagung des Hessischen Landkreistages standen sowohl die aktuellen Herausforderungen als auch das 75. Jubiläum des Verbandes im Mittelpunkt. Deutlich wurde hierbei, dass der Hessische Landkreistag von Anbeginn an um eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Landkreise kämpfen musste, die Lage aber ab 2024 besonders besorgniserregend zu werden droht.

Die weiteren Artikel behandeln unter anderem den ÖPNV, sowie die Verteilung der Bundesmittel für die Flüchtlingsunterbringung.

Diese Artikel empfehle ich Ihrer Lektüre.

Ihr
Wolfgang Schuster, Präsident

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- **Finanzpolitische Forderungen anlässlich der Haushaltssituation 2024 und der aktuellen Regierungsbildung nach der Landtagswahl 2023**

KURZ NOTIERT SEITE 03

- **Neuer Verteilungsschlüssel für die pauschalen Bundesmittel zur Finanzierung des Fluchtgeschehens**
- **Vor-Ort-Termin in der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen**
- **Gemeinsam für eine Entlastungsallianz**
- **ÖPNV-Finanzierung und Deutschlandticket stehen in Frage**

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- **Bürokratischer Irrgarten: Bund sollte Kindergrundsicherung fallen lassen**
- **Die Landkreise stehen fest an der Seite der Ukraine**

PERSONALIEN / TERMINE

SEITE 04

seiner Rede, dass landesweite Erhöhungen der Kreis- und Schulumlagen die Belastungen an die kreisange-

hörigen Kommunen weitergeben würden und deshalb keine dauerhafte Lösung sein können.

Finanzpolitische Forderungen anlässlich der Haushaltssituation 2024 und der aktuellen Regierungsbildung nach der Landtagswahl 2023



Innenminister Peter Beuth



HLT-Präsident Landrat Schuster und der Präsident des Staatsgerichtshofes, Dr. Wilhelm Wolf

Die Landkreise haben deshalb ein Forderungspapier vorgelegt, in dem sie eine auskömmliche Finanzausstattung vom Land, eine Anpassung der Regelungen im Bereich der Haushaltsgenehmigungen, eine weitergehende Deckung des im Bereich der Flüchtlingsunterbringung entstehenden Aufwandes durch eine vollständige Übernahme der flüchtlingsbedingten SGBII-Unterkunftskosten seitens des Bundes und eine kostendeckende Landespauschale fordern. Abschließend mahnte Präsident Schuster ein unbürokratisches Rettungspaket zur Liquiditätssicherung für in Zahlungsschwierigkeiten geratene Krankenhäuser und mehr Mittel für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs an.

Innenminister Peter Beuth betonte in seiner Rede, dass die hessischen Kommunen und die Landkreise in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen haben, um auf einen soliden finanziellen Pfad zu kommen. Der Ausgleich der hessischen Haushalte sei 2022 bis auf wenige Ausnahmen gemeinsam gelungen, der Konsolidierungskurs sei durch die erhöhten Kosten der Landkreise bei der Unterbringung und Versorgung von

Flüchtlingen jedoch ins Wanken geraten. Hier müsse der Bund seiner Verantwortung gerecht werden und sich deutlich stärker an den Kosten seiner Flüchtlingspolitik beteiligen. Es führe kein Weg daran vorbei, dass die Zahl der nach Deutschland flüchtenden Menschen durch den Bund stärker reguliert werden muss. Nur so könnten wir letztendlich die Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten in unseren Landkreisen erhalten, so Minister Beuth.

In seinem Grußwort dankte der Minister den Mitgliedern des Hessischen Landkreistages für die jahrzehntelange vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Landesregierung und betonte, dass der Verband Herausragendes für den gesellschaftlichen Zusammenhalt geleistet hat.

Dr. Wilhelm Wolf, Präsident des Staatsgerichtshofes Hessen, unterstrich in seiner Festrede die Bedeutung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und beschrieb die aktuelle Lage des Rechtsstaates als Herausforderungen.



Neuer Verteilungsschlüssel für die pauschalen Bundesmittel zur Finanzierung des Fluchtgeschehens

Die pauschalen Bundesmittel zur Finanzierung des Fluchtgeschehens wurden bisher auf der Grundlage der Einwohnerdaten in Hessen verteilt. Das Präsidium des Hessischen Landkreistages hatte für eine zukünftige Verteilung dieser Mittel gefordert, dass die Finanzzuweisungen den tatsächlichen Zahlen der Zuweisungen von Geflüchteten folgen sollen.

Hintergrund für die aus Sicht des Hessischen Landkreistages notwendige Neuregelung war, dass die bisherige einwohnerbasierte Verteilung zu deutlichen Verwerfungen zwischen der tatsächlichen Aufnahme von geflüchteten Menschen und den daraus resultierenden Finanzströmen führte. Auch im Rahmen eines rechtssicheren Verteilungsverfahrens war es daher angeraten, über eine zukunftsfähige pauschalierte Neuregelung zu befinden.

Das Land hat nunmehr entschieden, die pauschalen Bundesmittel auf der Basis der Anteile der Empfänger von Regelleistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz zu verteilen. Das Land hat zudem die pauschalen Bundesmittel aus Resten des Kommunalen Finanzausgleiches um rund 44 Mio. Euro zusätzlich aufgestockt. Nach der neuen Verteilungssystematik werden noch im Jahr 2023 und 170 Millionen an die Kommunen ausbezahlt. Für die Gruppe der Landkreise ergibt sich insgesamt ein Zugewinn von knapp 18 Mio. Euro aufgrund der Änderung des Verteilungsschlüssels.

Vor-Ort-Termin in der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen

Am 8. November 2023 waren die Mitglieder des Sozialausschusses des Hessischen Landkreistages und des Arbeitskreises Asyl bei einem Vor-Ort-Termin in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Gießen. Dabei konnten sie sich einen Überblick über die Abläufe der hessenweit für die Verteilung und Zuweisung zuständigen Einrichtung verschaffen.

Der Rundgang durch die EAEH führte von der Ankunftshalle zu den Stationen der Erstregistrierung bis zu den Praxisräumen für die medizinische Versorgung und die TBC Untersuchungen. In der anschließenden Diskussion wurden wichtige Themen mit dem Regierungspräsidenten des Regierungspräsidium Gießen, Herr Dr. Christoph Ullrich, sowie den Abteilungsleitern der EAEH erörtert. Insbesondere wurden dabei Fragen der Zuweisungen der Geflüchteten sowie der Erweiterung von UnterkunftsKapazitäten angesprochen.

Gemeinsam für eine Entlastungsallianz



Landespressekonferenz der Entlastungsallianz

Gemeinsam für eine Entlastungsallianz: Diesen Weg will ein breites Bündnis aus den hessischen Industrie- und Handelskammern, dem Hessischen Handwerkstag, den kommunalen Spitzenverbänden, dem Hessischen Waldbesitzerverband, dem Kommunalen Arbeitgeberverband Hessen, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und der Landesgruppe Hessen des Verbandes kommunaler Unternehmen mit der künftigen Landesregierung gehen. Die nächste Wahlperiode müsse im Zeichen von Aufgabenkritik, Priorisierung und Bürokratieabbau stehen.

Die Bündnispartner streben den Abschluss einer Entlastungsallianz mit der kommenden Landesregierung an. Inhalt der Entlastungsallianz sollen mehr Freiräume für eigenverantwortliche lokale Gestaltung und Bürokratieabbau im umfassenden Sinne sein.



ÖPNV-Finanzierung und Deutschlandticket stehen in Frage

Das Präsidium des Hessischen Landkreistages hat in seiner Sitzung am 16. November 2023 grundsätzliche Erwartungen an Bund und Land zur zukünftigen Finanzierung des ÖPNV und des Deutschlandtickets formuliert.

Dabei wurde die Forderung des Deutschen Landkreistages bekräftigt, dass ein Ausbau- und Modernisierungspakt, der für das ÖPNV-Angebot zu erreichende Ziele, Qualitäts- und Erreichbarkeitsstandards festlegen soll, nicht gezeichnet werden kann, solange er nicht finanziell unterlegt ist. Außerdem wurde festgestellt, dass die Säulen zur Finanzierung des ÖPNV in der jetzigen Ausgestaltung nicht ausreichen werden, um das Bestandsangebot zu sichern. Zudem sind zur Realisierung der Klimaschutzziele zusätzliche Finanzbedarfe absehbar. Das Land wird daher aufgefordert, mit den Kommunalen Spitzenverbänden in einen zukunftsfähigen Dialog über die Gesamtfinanzierung des ÖPNV zu treten.

Bürokratischer Irrgarten: Bund sollte Kindergrundsicherung fallen lassen

Der Deutsche Landkreistag ist überzeugt davon, dass die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts stärker priorisieren muss, wenn es um kostenintensive Vorhaben geht.

Präsident Reinhard Sager: „Die Koalition wird gezwungen sein, eigentlich bereits gesetzte Vorhaben wie die Kindergrundsicherung einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Es wäre richtig, dieses verkorkste Projekt fallen zu lassen. Es bringt bedürftigen Familien keinen Mehrwert und wird sie durch den Aufbau neuer Bürokratie sogar zusätzlich belasten.“

Nach dem Urteil müsse in Berlin ein Kassensturz stattfinden: „Ganz oben auf die Streichliste gehören die Dinge, die keinen nachgewiesenen Mehrwert haben, dafür aber viel Geld kosten und zu neuer Bürokratie führen. Das Gewürge der letzten Monate zeigt, dass Kinder im Bürgergeld-Bezug kein zusätzliches Geld erwarten können, stattdessen wird ein Irrgarten an Behördenzuständigkeiten die Familien überfordern. Die Menschen werden kein Verständnis dafür haben, wenn für viele Millionen Steuergeld neben den Jobcentern die Familienkassen zu parallel zuständigen Stellen aufgebaut werden. Dieses Thema sollte konsequenterweise nicht mehr weiterverfolgt werden.“

Die Landkreise stehen fest an der Seite der Ukraine

Im Rahmen der 6. deutsch-ukrainischen kommunalen Partnerschaftskonferenz hat der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, den Kommunen in der Ukraine versichert, dass die deutschen Kommunen fest an ihrer Seite stehen. Dies gilt auch im Brückenschlag mit den polnischen Landkreisen, zu denen die deutschen Landkreise viele vitale Partnerschaften pflegen.

Ziel der Konferenz ist es, das Netzwerk deutsch-ukrainischer kommunaler Partnerschaften zu stärken, Handlungs- und Kooperationsmöglichkeiten zwischen ukrainischen, deutschen und weiteren europäischen Partnerkommunen in Zeiten des Krieges aufzuzeigen und ein Zeichen der Solidarität mit den ukrainischen Kommunen zu setzen.

Der DLT-Präsident bekräftigte die Wichtigkeit des Treffens: „Einerseits, um die große Leistung deutscher Kommunen bei der Unterstützung ihrer Partner in der Ukraine zu würdigen. Andererseits gelte es auch, den ukrainischen Partnern immer wieder die Gewissheit zu verschaffen: „Wir lassen nicht nach, wir machen weiter. Wir stehen auch zukünftig an eurer Seite. Die kommunalen Partnerschaften sind unverzichtbar und bilden die Grundlage für einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine“.

PERSONALIEN

Herr Landrat Jens Womelsdorf (SPD), Landkreis Marburg-Biedenkopf, wurde in der Sitzung des Sozialausschusses am 9. November 2023 zum Vorsitzenden gewählt.

TERMINE

- **Finanzausschuss**
Dienstag, 28.11.2023, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Gesundheitsausschuss (verschoben)**
Montag, 11.12.2023, 10:00 Uhr, Videokonferenz
- **Gemeinsamer Ausschuss KJC**
Dienstag, 12.12.2023, 10:00 Uhr, Videokonferenz

- **Rechts- und Europaausschuss**
Donnerstag, 25.01.2024, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Wirtschafts- und Umweltausschuss**
Mittwoch, 31.01.2024, 10:00 Uhr, Videokonferenz
- **Sozialausschuss**
Donnerstag, 01.02.2024, 10:00 Uhr, Marburg
- **Schul- und Kulturausschuss**
Montag, 05.02.2024, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Finanzausschuss**
Dienstag, 06.02.2024, 10:00 Uhr, Videokonferenz
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Donnerstag, 15.02.2024, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Präsidium**
Donnerstag, 22.02.2024, 09:30 Uhr, Videokonferenz



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Dr. Michael Koch
(geschäftsführend)
Direktor Prof. Dr. Jan Hilligardt

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE
zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr-Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Obere Kirchstraße 10
65344 Eltville am Rhein

BILDNACHWEIS

Adobe Systems Software
Ireland Limited (Seite 3)
Hessischer Landkreistag